

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 25 (1945-1946)
Heft: 4-5

Artikel: Politische Perspektiven : die Schweiz am Ende des europäischen Befreiungskrieges II.
Autor: Spercher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159299>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Perspektiven

(Die Schweiz am Ende des europäischen Befreiungskrieges II.)

Von J a n n v. S p r e c h e r

«Die persönliche Standarte Hitlers und 200 andere deutsche Fahnen liegen zurzeit an einem Haufen in einem Korridor des Museums der Roten Armee in Moskau.»
(Zeitungsmeldung vom 18. Juli 1945.)

Allein die große Stunde Europas findet ein zwiespältiges Geschlecht. Und scheint es nicht, als stünden manche wie gehemmt vor der Tatsache, daß der europäische Krieg wirklich zu Ende ging, daß wir nun die Sirenen nicht mehr hören und nicht mehr hören werden, daß die Armee demobilisiert ist und der General, nach der großen Weihe des 19., am 20. August sein Amt niederlegte? Viele wissen mit dieser Tatsache wirklich nichts anzufangen. Sollen wir von denen reden — von den Ewiggestrigen —, die es nicht glauben *wollen*? Denen die große Stunde Europas den Zerfall ihrer eitlen Hoffnungen besiegelt? Und die nun mit dem dummen Pinsel und dem Topf mit der schwarzen Farbe durch das Land ziehen, und überall ihre schwarze Zukunft hinmalen, wo sie niemand gerufen hat? Lassen wir das fade Grüpplein der Einfältigen unter sich! Uns genügt, von denen zu reden, die es nicht glauben *können*. Oft scheint es fast, als holten sie ihre Einstellung aus derselben Küche wie jene Unglücksrabben, die es beispielsweise einfach nicht fertigbringen, dem Volke nur ein einziges Mal die Freigabe zusätzlicher Rationen anzukündigen, ohne gleichzeitig ihren erhobenen Zeigefinger spielen zu lassen, womit just im selben Augenblick, da sie die Erleichterung gewähren — gewähren müssen! —, «eine ernste Verschlechterung der Versorgungslage» festgestellt und bewiesen werden soll. An der feierlichen Schlußsitzung der Konferenz von San Francisco sagte der tschechoslowakische Außenminister Masaryk, die kleinen und kleineren Nationen brauchten Sicherheit, sie dürsteten nach Sicherheit, sie beteten für Sicherheit, auf daß sie mit den Großen Schritt halten und der Welt und der Menschheit als gleiche unter gleichen dienen könnten — und am Schlusse erhob er seine Stimme zu dieser Warnung:

«Laßt uns doch alle einmal aufhören, vom nächsten Weltkrieg zu reden!»

Und am 30. Juni 1945 lesen wir in einem Bericht aus USA:

«Der Innenminister der USA, Harold Ickes, hielt an einem zu Ehren des deutschen Schriftstellers Thomas Mann gegebenen Essen

eine Ansprache, in der er sich zu der Flüsterkampagne äußerte, die darauf abziele, die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit Rußland zu treiben. Jedermann sehe klar ein, daß diese Flüsterkampagne bezwecke, zwischen den USA und der Sowjetunion Mißtrauen zu säen. Diese Kampagne sei ganz im Tone Dr. Goebbels gehalten. Er frage sich, ob dieser Mann wirklich tot sei oder ob er nicht nach den Vereinigten Staaten gekommen sei. Viel von dem, was gegenwärtig in den Vereinigten Staaten über die Sowjetunion gesagt werde, könnte ebensogut von Goebbels erklärt werden. Er, Ickes, habe aber die Überzeugung, daß die Sowjetunion mehr als irgendetwas in der Welt den wirklichen Frieden nötig habe, der allein dieses unermessliche Land mit den ungeheuren Hilfsquellen in den Stand setzen werde, seine verwüstete Industrie und sein verheertes Land wieder aufzubauen.»

San Francisco

Nun dürfte ja freilich gewiß für niemanden ein Zweifel darüber bestehen, daß das Ende des europäischen Befreiungskrieges weder den Beginn des goldenen Zeitalters noch überhaupt nur die Bewahrung der Welt vor weiteren Kriegen zu bedeuten hat. Es bedarf zu dieser Feststellung nicht im geringsten eines besonders auffallenden Maßes skeptischer Empfindung, — besagt sie doch an sich nichts weiter als die natürliche Folgerung aus jener allgemeinen und aus jener historischen Erkenntnis, die schließlich jedem aufmerksamen Beobachter zur Verfügung steht, der sich auch nur ein bißchen um geistige Selbstdisziplin und Vorurteilslosigkeit bemüht. Deshalb vermögen wir uns auch denen nicht anzuschließen, die heute schon das Abkommen von San Francisco mit einer Art von Idealismus bewundern, die doch recht weitmaschig mit der Fülle von Realitäten umgeht, die das große Werk selbst, noch mehr aber die Umstände kennzeichnen, unter denen es erwachsen ist. Die Schweiz ist ja nun — laut Beschluß der Konferenz von Potsdam — mit den andern Neutralen (ohne Spanien) grundsätzlich auch zum Beitritt geladen. Die Probleme, welche damit für unser Land in Bewegung kommen, sind in der Schweizerpresse bereits vielfältig behandelt worden. Was unsere künftigen Beziehungen zu dem Werke von San Francisco ganz allgemein betreffen mag, so hat ja unlängst Prof. *Paul Guggenheim* in seinem bekannten und in der Tagespresse viel gewürdigten Buche gesagt, was dazu heute von unserm Standpunkt gesagt werden konnte und gesagt werden mußte¹⁾. Er hat dabei vor allem auch nicht verfehlt, die Problematik der Beziehungen aufzudecken, die zwischen einem neutralen Lande und der neuen Staatengemeinschaft rein

¹⁾ Paul Guggenheim: «Völkerbund, Dumbarton Oaks und die schweizerische Neutralität». Europa Verlag, Zürich/New York, 1945.

grundsätzlich sich ergeben muß, und wie sie sich einmal gründet auf die Frage, ob eine so mächtige und in sich gefestigte Koalition überhaupt bereit sein wird, «einzelnen Staaten im Rahmen der organisierten Gemeinschaft Individualrechte zuzugestehen»; und er hat weiter mit Recht darauf hingewiesen, daß für den Fall eines Konfliktes zwischen der Staatengemeinschaft und einem Rechtsbrecher eine Neutralität überhaupt nur denkbar sei durch «eine politische und militärische Kraftentfaltung, die den Bedürfnissen einer derartigen Politik entspricht», und daß nur diese dem neutralen Staat «die Aufrechterhaltung der staatlichen Unabhängigkeit und einen weiten Spielraum freien Ermessens im Verhältnis zum Angreiferstaat und zur Sanktionsgemeinschaft» ermöglichen könne. Damit sind gewiß die grundsätzlichen Schwierigkeiten treffend bezeichnet, die sich zwischen die schweizerische Neutralität und den Pakt von San Francisco legen können, und gleichzeitig die Voraussetzungen bestimmt, unter denen allein sich in Zukunft, bei tatsächlichem Funktionieren der neuen Gemeinschaft, eine Neutralität überhaupt könnte denken lassen. Im übrigen sind das heute bestimmt noch weitgehend theoretische Erwägungen und Vorbehalte, wie sie Guggenheim hier anstellt — praktisch sind wir ja längst nicht so weit; denn schließlich muß die neue Organisation, die doch erst, und unter vielen Kompromissen, geboren wurde, einmal ihre Lebensfähigkeit überhaupt erweisen, bevor von weiterem gesprochen werden kann. Bestimmte Idealisten freilich kümmern sich wenig um solche Vorbehalte und Voraussetzungen — was sie betrifft, so halten sie es vielmehr durchaus mit der Großzügigkeit. In der «*Nation*» vom 4. Juli 1945 z. B. widmete *Altbundesrichter Dr. Fritz Studer* dem Konferenzabschluß in San Francisco Ausführungen, die unter diesem Gesichtspunkt sicher vermerkt zu werden verdienen:

«Und der 26. Juni 1945 schon brachte der Welt diese Neuordnung, die an diesem Tage von 50 Nationen unterzeichnet worden ist; und, bekennen wir es gleich deutlich und aus dankbarem Herzen heraus: *das Ergebnis von San Francisco übertrifft auch die Hoffnungen der Optimisten*. Es durchzieht das ganze Werk wirklich der Geist Roosevelts, der es noch vorbereiten konnte; es tritt klar und unzweideutig der feste Wille zutage, *endgültig den Krieg zu überwinden und zum dauernden Frieden zu kommen*.

Es werden die geeigneten und genügenden Mittel bereitgestellt, um künftig jedes kriegerische Gelüste im Keime zu erstickten. Es wird durch die vorgesehene Zusammenarbeit der Nationen bei der Lösung von Weltproblemen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder humanitären Charakters *den Kriegsursachen der Boden entzogen...*»

Nicht ohne Staunen und Verwunderung wird der Beobachter, angesichts der weithin sichtbaren Mängel im Bereiche der neuen Organisation, diese Ausführungen eines ehrenwerten und besonnenen Mannes zur Kenntnis nehmen. Hat er die warnenden Stimmen der Welt-
 presse, die jenen Entwicklungen oft sicher nähersteht als Herr Alt-
 bundesrichter Dr. Studer, bewußt überhört? Hat er, um nur die
 Hauptsache zu benennen, bewußt übersehen, daß dieses ganze Ge-
 bäude ausschließlich auf der Einigkeit der fünf Großmächte, und zwar
 ihrer Einigkeit nicht nur in den nächsten Jahren, sondern in alle
 Zukunft beruht, und daß die ganze Organisation unweigerlich zu-
 sammenbrechen muß, wenn einmal diese Einigkeit in Stücke geht?
 Und ist es unter solchen doch höchst vagen Perspektiven überhaupt
 zu verantworten, bereits die Zukunft des eigenen Landes so festlegen
 zu wollen, wie es dann hier mit diesen Worten geschieht...?:

*«Wir haben allen Grund, zuversichtlich und ungescheut weiter
 dafür zu arbeiten, daß unser Land recht bald sich in den Bund der
 Vereinten Nationen einreihet... Diese Worte sollen aber auch vor
 allem denjenigen gesagt sein, die weiter in ihrem Unglauben, in
 ihrem Skeptizismus und Pessimismus, in ihrer nörgelnden Kritik
 an kleinen und unwichtigen Unebenheiten und Schönheitsfehlern
 verharren wollen oder die absichtlich neue theoretische und künst-
 liche Hindernisse zu erfinden oder zu schaffen suchen, um den
 Eintritt der Schweiz in den neuen Bund zu verhindern. Die Völker-
 bundsfreunde aber freuen sich — San Francisco ist ein großer Sieg
 auf ihrer Seite!»*

Hoffen wir, daß Herr Dr. Studer mit seinen «kleinen und unwichtigen
 Unebenheiten und Schönheitsfehlern» Recht behalte — und nicht die
 andern!

Bei allen Diskussionen freilich, wie sie um die Neuordnung der
 Staatengemeinschaft und um die Stellung der Schweiz zu ihr ent-
 brennen mögen, ist es aber aus grundsätzlichen Erwägungen bestimmt
 zweckmäßig, sich auch daran zu erinnern, daß die Neutralität nicht
 stets die Maxime unserer auswärtigen Politik gewesen ist. Man wird
 also, wenn San Francisco sich tatsächlich nach den Meinungen der
 Optimisten entwickeln sollte, nicht zu ängstlich, nicht zu gehemmt
 sein wollen, sondern über diese Dinge bestimmt einmal reden müssen.
 In seinen ausgezeichneten neuen Betrachtungen zur Nachkriegszeit
 hat *Leopold Boissier* das Land ernstlich vor der Isolierung gewarnt²⁾,
 und dabei an Spanien im 19. Jahrhundert erinnert:

«repliée sur elle-même et s'appauvrissant dignement, mais inexorablement»,

²⁾ Leopold Boissier: «Nouveaux regards vers la Paix». Editions de la Baconnière, Neuchâtel 1944.

und später angefügt:

«Si nous restons dans la salle d'attente en lisant de vieux journaux, nous risquons de manquer le train.»

Ebenso deutlich hat er aber auch zu erkennen gegeben, daß die Schweiz gerade nach dem Stande ihrer heutigen Entwicklung und in ihrer jetzigen Stellung der Welt stets auch so gute Dienste zu leisten vermöge, wie denn gerade unsere föderalistische Lösung die Hoffnung der Welt von morgen sein werde. Auch Bundesrat Petitpierre hat, an der Jahrhundertfeier der Waadtländer Radikalen, auf diesen wesentlichen Punkt mit ausgezeichneten Worten hingewiesen:

«Dank dem Föderalismus kennt die Schweiz keine Minderheitenprobleme. Der Föderalismus ist nicht nur ein Grundsatz der politischen Organisationen. Er kommt dem Freiheitsbedürfnis des Volkes entgegen. *Will man einen festen Frieden herbeiführen, so muß die Welt und die Kultur auf die Verschiedenheit der Person und der Funktionen aufgebaut werden.*»

Mit Recht auch hat Boissier seinerzeit davor gewarnt, die Bedeutung der kleinen Nationen bei der kommenden Organisation zu verkennen — eine Gefahr, die denn nun in San Francisco tatsächlich eingetreten ist; denn sie könnten, so sagte er, gleich den Kugeln im Kugellager bestimmt und geeignet sein, das Funktionieren selbst der schwersten Maschinen zu erleichtern... Es ist uns übrigens bekannt, daß beispielsweise gerade auch in England in maßgebenden Kreisen nach wie vor ein reges Interesse für die schweizerische Neutralität besteht, und gewiß wird man, wenigstens im westlichen Bereiche Europas, nicht so leicht jemanden finden, der die Aufgabe der *Hütung der Alpenpässe* etwa als durch die Ordnung von San Francisco überholt bezeichnen möchte... In ebenso geschickter wie überzeugender Weise hat *Prof. Rappard* in seiner Rede im Londoner City-Club, am 31. Juli 1945, an diesen Gesichtspunkt angeknüpft, als er Begriff, Funktion und Notwendigkeit der schweizerischen Neutralität vor einem gefesselten Auditorium erläuterte, um damit gerade zur rechten Stunde Unsicherheiten und Unklarheiten zu beseitigen; und in derselben Richtung lief die Ansprache, die *Bundesrat Kobelt* am 1. August 1945 in Schaffhausen gehalten hat. Es gilt jedenfalls für uns, gegenüber dem neuen Werke, und ebenso sehr auch gegenüber voreiligem Bemühen, uns schon heute zur Aufgabe der Neutralität zu veranlassen, durchaus das, was der amerikanische «*Christian Science Monitor*» unlängst über uns feststellte:

«Wenn die künftige Ordnung für die Sicherung des Weltfriedens die Bildung von Gruppen, die sich feindlich gegenüber-

stehen, herbeiführen würde, bliebe ihr die Schweiz fern; denn sie hat die guten Ratschläge Niklaus' von der Flüe nicht vergessen.»

Rußlands große Macht

Wenn nun Herr Masaryk also das Gerede von dem dritten Weltkrieg mit vollem Recht verfemte, und wenn Herr Ickes, in anderen Bahnen, dasselbe tat, so mag sicher bei dem einen wie bei dem andern das Motiv zuallerletzt in einer Verkennung der Realität der Gegensätze zu suchen sein, die mit dem Ende des europäischen Befreiungskrieges zwischen den siegreichen Großmächten, in diesem Falle zwischen dem Osten und dem Westen, zwangsläufig entstehen mußten. Und, wer weiß, ob nicht eben Herr Masaryk in diesen Tagen, da die Präponderanz der russischen Macht im Osten gerade auch seinem geprüften Lande in ganz besonderer Weise bewußt werden muß, in seinen Gedanken sich Überlegungen nähert, die schon mehr als einen beschäftigt haben mögen: ob denn nicht am Ende die historische Tatsache der Zerschlagung der Donaumonarchie im Herbst des Jahres 1918, an der ja sein berühmterer Vater maßgebend beteiligt war, in ihren letzten Auswirkungen, deren Perspektiven wir nun zu erleben beginnen, ein Fehlschlag von folgenschwerster Größe gewesen ist? Waren nämlich ehemals die Länder des Donaupraumes in ihrer Selbständigkeit beschränkt, und entrichteten sie gleichsam so der Monarchie den Preis, um den andererseits ihre Verteidigung gegen außen gemeinsam gesichert erschien, so wird auch der objektive Beobachter in ihrer heutigen «Unabhängigkeit» kaum mehr als eine Fassade zu erkennen vermögen, hinter der ein politischer und wirtschaftlicher Ausverkauf vonstatten geht, der seinesgleichen nur mit Mühe in der Geschichte wird finden können. Heute mag freilich da und dort die Wahrheit noch einigermaßen verdeckt sein oder dann — so gerade in der Tschechoslowakei — gleichsam überflutet werden von den Blutströmen, die, in ihrem Laufe, die Tatsache der Liquidierung des Deutschtums auf jenem vom Haß der Nationalitäten so tief zerpflegten historischen Felde bezeichnen, — und wie wir sie aus dieser Meldung erkennen, die übrigens kaum etwas neues dem zu sagen weiß, der jenem säkularen Haß zwischen Tschechen und Deutschen schon begegnete — jenem Haß, der durch die Herren Reinhold Heydrich und Karl Hermann Frank eben erst in besonderer Weise geschürt worden war:

Stockholm, 19. Juli. (United Press.) Wie «Dagens Nyheter» berichtet, ist soeben eine Gruppe von Schweden aus Prag in Stockholm eingetroffen. Diese Leute berichten, daß in den ersten Tagen nach der Befreiung Prags zwischen 60 000 und 80 000 Personen von der aufgebracht tschechischen Bevölkerung getötet worden

seien, und zwar allein in der Hauptstadt. In einigen Fällen hätten Tschechen den Deutschen Hakenkreuze auf die Haut gebrannt. Als die Russen in die Stadt einmarschierten, hätten die persönlichen Racheakte aufgehört.

Dafür aber ist nun in den jüngsten Tagen deutscherseits die furchtbare Brandfackel von Aussig entflammt, und nur mit Schrecken wird man der Folgen gewahr werden, die daraus wieder entstehen müssen — und mit der Ausweisung aller Deutschen mit ihren Familien aus Brünn — von einer Stunde zur andern — bereits entstanden sind. Allein durch dieses ganze große Grauen ist eben doch auch jetzt schon die unerbittliche historische Wirklichkeit zu ermessen, der hohe Preis auszuzählen, den hier der tschechische, anderswo ein anderer vermeintlicher Sieger des Tages vor der Geschichte wird erlegen müssen; die Tatsachen aber sagen uns, daß heute, was ehemals, wenn auch unter schweren Opfern, vereint war, in jedem Falle allein vor der Übermacht stehen wird: die Ungarn — allein vor den Russen —; die Tschechen — allein vor den Russen —; die Polen — allein vor den Russen. . . Ist es vermessen, zu sagen, daß hier die Durchsetzung des historischen Individualismus einmal nicht zum Ziele geführt hat?

Das sind Tatsachen — und niemand kann es verbieten, sie als solche zu erkennen und festzustellen. Nicht gleich, aber ähnlich — und durch gewisse Umstände fast noch tragischer — liegen die Verhältnisse in Rumänien. Denn welches Los mag diesem Lande beschieden sein, und wie groß wird sich wohl das Ausmaß seines inneren Unbehagens gestalten, nun, da das Land, das die westliche, die französische Kultur tief empfunden und aufgenommen hat, völlig russischem Einfluß unterworfen ist — wie Boissier mit Recht hervorhebt? So hat der Ausgang des europäischen Befreiungskrieges die Macht des großen russischen Reiches neu gestaltet, und sie zudem, wie es scheint, auch im Innern fest untermauert, und niemand vermöchte daran zu zweifeln, daß der Generalissimus mit dem weißen Rock und den goldenen Tressen im Begriffe steht, das Erbe der Zaren im letzten Sinne des Wortes anzutreten. Schon greifen die schlanken Hände nach den Meerengen, wo Labour Mühe haben wird, die britische Sicherung vor dem Ausspringen zu bewahren, — und mit Interesse verfolgt man in Ägypten die Dinge, wenn sie um den jüngsten Anspruch Rußlands auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Suezkanalgesellschaft zu kreisen beginnen. Ja — ganz in westliche Sphären drückt mit Macht schon das russische Verlangen, wenn ihm, und hier wird gar das zaristische Erbe deutlich überschritten, die aktive Teilnahme am Statut von Tanger als aktuelles Ziel dienen will. Und muß endlich dies nicht als symptomatisch gewertet werden, wenn in einem Bericht aus Kopenhagen über die dänisch-deutschen Grenzprobleme in Südschleswig zur

Begründung für eine gewisse Zurückhaltung von Seiten Dänemarks gesagt wird,

«wenn Deutschland und Rußland sich wieder einmal zusammenfinden sollten, könnten die deutschen Revisionsforderungen einen mächtigen Rückhalt gewinnen» («NZZ», 20. Juli 1945, Bl. 3)?

Wie weit gehen am Ende die wahren Ziele Rußlands in Europa? Wird es nun, durch den mächtigen Zugriff auf Ostasien, der durch die Kapitulation Japans frei geworden ist, und durch die so erfolgte Einleitung eines scharfen Kampfes mit Amerika um den Vorsprung im chinesischen Raume einstweilen abgelenkt? Und wird ihm dann die völlige Beherrschung des europäischen Ostens bis zur Oder-Neisse-Linie, der Vorstoß tief in das Donaubecken und zu den Küsten der Adria genügen? Oder wird es die Hegemonie über den Kontinent, und damit — das Erbe der Zaren beiseite schiebend — das illusionäre Erbe Adolf Hitlers anzutreten suchen? Und wird ihm, wäre der Wille dazu tatsächlich vorhanden — was uns nämlich bis anhin selbst der schwärzeste der Schwarzseher keineswegs zu belegen in der Lage war —, dieses Ziel auch gegen den Widerstand der westlichen Mächte schließlich zufallen? Oder wird der Westen am Ende, als Ganzes, vor dem übermächtigen Druck von innen heraus kapitulieren? Oder wird zuguterletzt die Atombombe, in westlicher Hand, in ihrer Weise überraschend diese Probleme lösen? *Wer auf solche Fragen die Antwort wüßte, der weiß auch um die Antwort auf die große Entscheidungsfrage: San Francisco oder dritter Weltkrieg?*

Die Schweiz und Rußland

Und wie nun die Schweiz, in klarer Erkenntnis der vom Gesichtspunkt des Weltgeschehens unbeträchtlichen Elemente ihrer Position, und doch wieder sehr bewußt der Bedeutung, welche ihre Neutralität im Hinblick auf die militärgeographische Lage des Landes in Kontinentaleuropa für die Mächte in sich schließt, San Francisco in angemessener Bescheidung und mit traditioneller Zurückhaltung begegnet, — so wollen wir es auch halten gegenüber dem Gerede von dem dritten Weltkrieg. Schließlich ist es doch zu allerletzt schweizerische Sache, hier etwa «unsere Stimme erheben» zu wollen; aber die Angelegenheit überschreitet freilich dann das Element des Überflüssigen, um einen ernsten Charakter anzunehmen, wenn wir hinter solchen Stimmen Tendenz in einer üblen Erscheinung zu erkennen glauben. Oder welche Verdienste berechtigen uns dazu, unverschämt zu sein? Wie und in welcher Form haben wir zum Sturze des lebensbedrohenden Nationalsozialismus beigetragen? Und wo wären wir mit unserer Freiheit, mit unserer Selbständigkeit, mit unserer Unabhängigkeit, hätten nicht die tapferen Armeen Rußlands der tödlichen Gefahr immer

und immer wieder halt geboten und am Ende doch gesiegt? Sie haben es für sich selbst getan und nicht für die Welt, am allerwenigsten für uns, und deshalb müssen wir ihnen auch nicht Dankbarkeit erweisen; — aber Achtung und Respekt sind wir ihnen und ihrem Lande schuldig und vor allem jene Zurückhaltung, die in solchem Falle als die einfache Pflicht des politischen Anstandes anzusprechen wäre. Das Gerede von dem dritten Weltkrieg aber, mit seiner unverkennbar antirussischen Spitze, wird uns in keiner Richtung auch nur im geringsten förderlich sein — am allerwenigsten unter «moralischen» Aspekten. Und wäre — nach der gewaltigen Umwälzung dieser historischen sechs Jahre — nicht der Zeitpunkt gekommen, den Strich unter Vergangenes zu ziehen? Die Politik Mottas hatte gewiß zu Zeiten ihre gute Berechtigung; auch ist es vom nationalen Standpunkt unerträglich, wenn beispielsweise Herr Nationalrat Meierhans («Volksrecht», 23. Juni 1945) schreibt, wir müßten anerkennen, daß unserseits in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht wurden und müßten von diesen Fehlern abrücken:

«das heißt, der *Bundesrat* hat von diesen abzurücken! *Er* hat zu erklären, daß er die Haltung in Genf im Jahre 1934 mißbilligt und im Widerspruch zum Regierungs- und Volkswillen stehend betrachtet.»

(Das alles — notabene! — geschrieben unter dem Titel «Unsere *Haltung* zu Rußland»!) Nein! Wir haben gar nicht in Sack und Asche zu gehen — was wir aber ebenso vermeiden müssen, das wäre etwa die Position jenes oft einfältig-streitbaren Geistes, der sich willig von andern dazu aufpulvern läßt, dort vorzuprellen, wo diese selbst aus sehr egoistischen, sehr wohl überlegten Gründen, nicht nur solchen diplomatischer Zweckmäßigkeit, lieber im Hintergrund bleiben — wie es ja schon im Jahre 1934 vor dem Forum des Völkerbundes der Fall gewesen sein soll. Jedenfalls können wir kaum glauben, daß es im Interesse des Landes läge, uns im Geruche etwa eines kontinentalen Stützpunktes irgendeiner antibolschewistischen Kampagne zu wissen, und bestimmt wird man zweckmäßig alles vermeiden, was uns nach solcher Richtung ausgelegt werden könnte. Zwar können uns auch die fünfzig Unterschriften unter dem Vertrag von San Francisco nicht daran hindern, der schwerwiegenden Tatsache bewußt zu sein, daß wir in Wahrheit einem scharfen Ringen der Siegermächte unter sich gegenüberstehen — aber Vernunft und Verantwortungsbewußtsein sollten uns davor bewahren, als möchten wir auch nur den Anschein erwecken, in solchem Ringen heute irgendwie die eine oder die andere Partei zu ergreifen, solange wir selbst nicht angegriffen oder betroffen werden. Gegen Zumutungen freilich werden wir uns — hoffentlich! — stets zur Wehre setzen, woher sie auch kommen mögen; — und

sie nahmen bisher, soviel uns bekannt, ihren Ursprung nicht etwa in Moskau, sondern, und zumal wieder in jüngster Zeit, an anderer Stelle. Als der ehemalige französische Ministerpräsident Herriot zum ersten Male nach seiner Befreiung durch die Russen wieder den Boden Frankreichs betrat, sprach er denkwürdige Worte; und er rief seinen Landsleuten fest ins Gedächtnis, was aus ihnen, was aus Europa — und sagen wir es ruhig: was aus uns allen! — geworden wäre, hätten nicht Rußland und Amerika in dieser entscheidenden Stunde ihre volle Macht zum opferreichen Einsatz gebracht —; und endlich brauchte er die Wendung:

«In der Außenpolitik kann man nichts konstruktives tun, wenn man diese Politik den Erwägungen der Innenpolitik unterordnet.»

Wären diese Worte, so denken wir, nicht direkt auf uns zugeschnitten? Leiden wir nicht selbst an diesem Übel? Wir werden kaum in ein ersprießliches Verhältnis zu dem neuen Rußland zu kommen vermögen, gelänge uns nicht die resolute Lösung von dieser belastenden und verwirrenden Verquickung. Ist es nicht fast überflüssig, zu sagen, daß sie die *beiden* Flügel unserer Parteien bindet, den rechten ebenso wie den linken? Als Churchill zu Ende Mai, nach glücklich abgeschlossenen europäischen Kriegen, die Wahlkampagne eröffnete, sprach er von der «Freiheit von Furcht»; wenn das die Furcht vor einem Angriff des Nachbarn sei, so werde hoffentlich die neue internationale Organisation künftige Überfälle verhindern können. Und er fuhr fort:

«Aber es gibt in manchen Ländern Europas noch eine andere Furcht, die Furcht vor der Polizeiregierung, die keinem Parlament verantwortlich und nicht frei gewählt worden ist. Wir bekämpfen *jenes unheimliche Klopfen an der Tür*, das bedeutet, daß der Ernährer der Familie an einen unbekanntes Ort auf Nimmerwiedersehen abgeführt wird.»

Äußere und innere Politik

Es sind nun tatsächlich noch viele auf unserer Rechten, die glauben, immer «*jenes unheimliche Klopfen an der Tür*» zu hören, wenn das Stichwort: Rußland fällt — und sofort beziehen sie Abwehrstellung; und dann gehen ihre Gedanken wie zwangsläufig um siebenundzwanzig Jahre zurück zu jenem *November 1918*, der ihnen Begriff geworden ist, und oftmals ein Begriff, von dem sich zu lösen ihnen ungeheuer schwer fallen mag. *Allein so wie uns die Berufung auf «1918» im Bereiche des inneren Feldes heute nicht anders als ein lästiger, ja als ein böser und gefährlicher Anachronismus erscheinen mag, so könnten wir ganz bestimmt nichts albernere tun, als im Geiste solch seltsamer und eigenwilliger Verknüpfung im Jahre 1945 schweizerische Außenpolitik treiben zu wollen.* «Wer den

Nationalsozialismus kennt, braucht den Bolschewismus nicht zu fürchten.» Hat uns ein viel näheres, ein viel besser hörbares «*unheimliches Klopfen an der Tür*» jemals gehindert, mit dem nationalsozialistischen Reiche Adolf Hitlers nicht allein die diplomatischen Bindungen und Formen zu pflegen, sondern die Beziehungen auch nach anderer Richtung — denken wir hier an den Bereich der Wirtschaft — tunlichst zu fördern, intensiv zu gestalten? Vielleicht mag es doch zum Nachdenken anregen, wenn man erkennt, daß wir viele von denen, die uns heute zum Kampfe gegen den Bolschewismus zu ermuntern scheinen, vergeblich im ersten Glied gesucht hatten, als es galt, uns den viel gefährlicheren Nationalsozialismus vom Leibe zu halten. Dabei kann es sich selbstverständlich nicht darum handeln, daß wir nun eine Politik gegenüber dem großen Sieger aus dem Osten treiben sollten, wie sie beispielsweise die «*Berner Tagwacht*», mit ihrer gerade zum 1. August 1945 herausgegebenen Sondernummer «*Die Sowjetunion*», in ebenso geschmackloser wie lächerlicher Weise uns vorzuführen als zweckmäßig empfand. Und den allerschwersten Fehler würden wir sicher dann begehen, wollten wir etwa *Fragen der innern Ordnung unseres Staates* mit periodisch-stetem Seitenblick nach außen zu behandeln beginnen. Leider hat eine gewisse Praxis, wie sie in jüngster Zeit in Bezug auf Dinge des Staatsschutzes geübt worden ist, weiterherum im Volke diesem Verdacht ständig Nahrung gegeben. Ihn raschestens zu zerstreuen, ist dringendes Gebot: denn gerade in diesem Punkt ist die resolute Ausschaltung jedes Anscheines einer Verknüpfung der Innenpolitik mit außenpolitischen Rücksichten um unserer Zukunft willen unerlässlich. Die Mittel aber, die in diesem inneren Bereiche in der Folge zur Anwendung kommen sollen, — sie im einzelnen zu bestimmen kann nicht Sache einer mehr oder weniger heftigen Pressekritik sein, sondern dies muß der zuständigen Stelle überlassen bleiben, also dem zuständigen Departement, das allein in der Lage ist, alle Zusammenhänge restlos zu überblicken. Die PdA dort und jedesmal entschlossen zu bekämpfen, wo sie die Interessen des Landes gefährdet, ist eine Sache der nationalen Politik, die sich ihre Direktiven allein von dem Ausmaß dieser inneren Gefährdung und sonst nirgends her holt — wir dürfen darüber niemals auch nur den Anschein eines Zweifels aufkommen lassen. Je sicherer das Ausland hier Bescheid weiß, umso besser für unsere auswärtigen Beziehungen. Übrigens hat die Zürcher Regierungsratswahl vom 8. Juli 1945 ein so nachdrückliches Bild der wirklichen Volksmeinung in diesem Punkte vermittelt, daß uns hier vorerst wirklich nicht bange zu sein braucht. Auch ist es seitdem um die PdA schon wesentlich ruhiger geworden. *Außenpolitisch* könnte uns diese Partei nur dann gefährlich werden, wenn es ihr je gelingen sollte, die Mehrheit des Volkes oder eine starke Minderheit um sich zu scharen. Unser Schwei-

zervolk aber ist im Gegenteil in seiner überwiegenden Mehrheit fest entschlossen, diese Leute mit ihren fremden Direktiven nicht hochkommen zu lassen, sondern im Innern eine saubere Ordnung, *freilich eine sozial gut untermauerte Ordnung*, zu halten, wie es andererseits gegen außen gerne bereit sein will, die Beziehungen nach jeder Richtung unvoreingenommen, doch in voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Entschlüsse zu pflegen und zu entwickeln, soweit dies in unserer Macht liegen mag.

Unser Bürgertum darf aber auch, so denken wir, mit Recht erwarten, daß mit den innerpolitischen Spekulationen aus dem Bereiche der äußeren Beziehungen, also mit der verhängnisvollen Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik auch *auf der Linken*, nicht nur auf der Rechten, ein Ende gemacht wird. Lassen wir hier die Organe der PdA mit ihren Treibereien, die ihrem ganzen Aufbau nach eindeutig genug sind, für einmal beiseite. Ein Blick in den Blütenkranz der sozialdemokratischen Parteipresse mag uns zum Beweise vollauf genügen. Und hier ist es vor allem in ganz besonderem Maße rührend, wie uns die Sowjetunion von dieser Seite stets und immer wieder, und mit unverkennbarer Anspielung auf unsere eigenen Verhältnisse, mit deutlicher Spitze gegen unsern bürgerlichen Staat, als «*wahre Demokratie*» vorgestellt wird. Wer möchte da nicht versucht sein, jener Flut von Beschimpfungen sich zu erinnern, die über das Regime Stalins aus denselben Blättern herniederprasselte, als die Sowjets mit dem Reiche Adolf Hitlers verbündet waren? Etwa damals, im Winter 1939/1940, als sie Finnland überfielen? Heute aber ist das vergessen — heute ist alles ganz anders. Heute wird uns in diesen Blättern die Sowjetunion als das wahre Paradies vorgestellt, wo beispielsweise für den heimkehrenden Soldaten nach jeder Hinsicht gesorgt sei (mit welchen Mitteln wird freilich nicht verraten); und, während doch jedermann weiß, daß das Regime in Rußland, auch nach der Einführung der Stalin'schen Verfassung im Jahre 1936, mit dem gestürzten Regime des Nationalsozialismus insofern eine unverkennbare Ähnlichkeit besitzt, als dort ebenfalls die totalitäre Diktatur herrscht, blieb es z. B. Herrn *Dr. Liebeskind*, Professor an der Universität Genf, vorbehalten, in einem Vortrag Rußland als «*gelenkte Demokratie*» zu bezeichnen. Da war denn ein bekanntes Organ der Linken schon ehrlicher, als es kürzlich euphemistisch das Regime der Sowjetunion als «*Diktatur des Volkes*» vorstellte. Aber auch im weltpolitischen Rahmen wird in maßgebenden Kreisen der Linken bedenklich mit der Parteilinse gemessen, sobald nur von dem Reiche Stalins die Rede ist. Als um das Kriegsende der Chefredaktor der «*Berner Tagwacht*» in einem seiner vielbeachteten Samstagsartikel nur die Möglichkeit einer kommenden kriegerischen Auseinandersetzung um weitergehende russische Ansprüche andeutete, — «*wir wollen*» — sagte er am Ende, — «*alle*

froh sein, wenn in abermals sechs Jahren nicht wieder ein Krieg ausbricht. An Konflikten fehlt es leider auch jetzt»³⁾ —, mußte er sich bereits drei Tage später durch den allgewaltigen Nationalrat Ernst Reinhard in seiner Zeitung selbst (!) schwer belehren lassen⁴⁾. Die Sicherheitspolitik der Sowjetunion sei ausgesprochen defensiv, hieß es in der deutlichen Antwort:

«Rußland denkt nicht daran, sich ganz Mitteleuropa und Westeuropa zu unterwerfen. Gerade weil die russische Politik analysiert und rechnet, ist sie jedem Abenteuer abhold... Diese Kräftevergeudung aber kann sich Rußland genau so wenig leisten wie einen europäischen Erbfolgekrieg. Denn Rußland ist durch den Weltkrieg in seinem großartigen Aufbauwerk unterbrochen worden...»

Glücklich der, dem so die seltene Gabe seherischen Blickes geschenkt wurde...

Wie es aber in Wahrheit um die vielgenannte «Demokratie» in der Sowjetunion bestellt ist — wenn man sie uns nun schon als Beispiel empfiehlt und als Muster —, das entnehmen wir doch am besten Stalins eigenen Worten, mit denen er einen der Kernsätze Lenins erläutert (J. Stalin: «Lenin und der Leninismus»):

«Die Diktatur des Proletariats kann keine vollständige Demokratie, keine Demokratie für alle, sowohl für die Reichen wie für die Armen, sein; die Diktatur des Proletariats muß ein Staat sein *nach neuem demokratischem Prinzip* — für das Proletariat und die besitzlosen Schichten überhaupt, und *nach neuem diktatorischem Prinzip* — gegen die Bourgeoisie.»

Und so ist es in dieser Richtung andererseits doch wieder erfreulich, gegenüber dem Getue mit der «Demokratie» der Sowjetunion endlich die Stimme eines unverdächtigen Mahners auf der Linken erwähnen zu können. Nationalrat Arthur Schmid hat unlängst die Genossen sehr deutlich darauf hingewiesen, wie sehr sie sich mit ihrer innenpolitisch gemünzten Propaganda für die Sowjetunion auf dem Irrweg befinden⁵⁾:

«Aber der Sozialismus selbst» — so schreibt er — «ist in Rußland noch nicht verwirklicht... Eine sozialistische Gemeinschaft ohne die persönliche Freiheit gibt es nicht und wird es nie geben... Rußland hat auf wirtschaftlichem Gebiet große Fortschritte im Sinne des Sozialismus gemacht. *Aber es ist ein autoritärer und diktatorisch regierter Staat, der noch einen weiten Weg bis zum sozialistischen Staat der Freiheit zurückzulegen hat...* Für jeden

³⁾ «Berliner Tagwacht», 12. Mai 1945.

⁴⁾ «Berliner Tagwacht», 15. Mai 1945.

⁵⁾ «Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung», 27. Juni 1945.

denkenden Menschen sollte es selbstverständlich sein, daß wir in der Schweiz den Fortschritt selber erarbeiten müssen.»

Auswirkung des Laboursieges

Wer weiß, ob nun nicht gerade jenes entscheidende Ereignis seit dem Kriegsende in Europa, nämlich der politische Umschwung in England durch den Sieg der Labourpartei bei den Unterhauswahlen vom 5. Juli, im Verlaufe der zu erwartenden Entwicklung in seiner Weise besänftigend auf die Rußlandbegeisterung unserer Genossen einwirken mag? Wir könnten uns wohl denken, daß die Tatsache der Führung der Politik des Britischen Reiches durch eine Arbeiterpartei manche Leute auf unserer Linken allmählich zu einer gewissen Überprüfung ihrer Auffassungen in diesem Punkte zu führen vermöchte. In erster Linie einmal dürfte dadurch ganz allgemein eine gewisse unbestreitbar und heute übrigens in fast allen Ländern festzustellende laxe Affinität gegenüber dem Kommunismus und den Kommunisten in ebenso hörbarer wie empfindlicher Weise gebremst werden. Labour — heute der große und bestimmende sozialistische Exponent des Britischen Reiches, hat bekanntlich aus seiner Abneigung gegen die eigenen Kommunisten nie ein Hehl gemacht und die Partei hat erst jüngst wieder einen Antrag auf Verschmelzung mit ihnen schroff zurückgewiesen. Auch ist, im Gefolge dieser völlig ablehnenden Politik, der Kommunismus gerade bei diesen ausgesprochenen Linkswahlen in England erneut, und trotz der nun so mächtig gewordenen Weltstellung der Sowjetunion, in seiner absoluten Bedeutungslosigkeit verharret (Labour: 11 941 501 Stimmen, Konservative: 9 056 672 Stimmen — Kommunisten: 102 780 Stimmen = 0,41 %). Die Labourpartei hat auch für den Kommunismus außerhalb Englands, so beispielsweise in den befreiten Ländern, nie besondere Sympathie bewiesen, ihm vielmehr noch stets die kalte Schulter gezeigt. Und schon hört man nachdrückliche Berichte über die Reaktion der sowjetrussischen Presse auf das Ergebnis der englischen Wahlen, die eine unverkennbare Zurückhaltung verraten. Hier sollen, so entnehmen wir z. B. einem Bericht der «Basler Nachrichten» aus Schweden (2. August 1945, Abendblatt), bereits die ersten Andeutungen Attlees und Bevins stutzig gemacht haben, die eine Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Arbeiterregierungen ankündigten (wenn auch ohne Spitze gegen Rußland). Man weiß übrigens um die Abneigung der Sowjets gegen die Sozialdemokraten als Partei, die, so heißt es in derselben Meldung, im Kreml nicht besser angeschrieben wären als demokratisch-bürgerliche Parteien, was auch die neue, rein sozialistische Regierung Schwedens zu spüren bekommen habe, die von den kommunistischen Blättern Finnlands, Norwegens und Dänemarks «mit einheitlicher Unfreundlichkeit» empfangen

worden sei. Berichte, die in ähnlichen Bahnen laufen, gelangen aus Italien zu uns. Dort haben die Sozialisten eben erst einen Antrag auf Verschmelzung mit den Kommunisten, trotz des persönlichen Einsatzes des Ministers Nenni, ebenfalls abgelehnt. Der Korrespondent der «Basler Nachrichten» in Mailand kommentiert diesen Bericht in interessanter Weise (1. August 1945, Abendblatt):

«Indessen muß verzeichnet werden, daß der Sieg Labours in England die Haltung vieler sozialistischer Führer teilweise geändert hat. *Vom Wunsche beseelt, die Vertreter des neuen Englands auf der Halbinsel zu sein, stehen sie im Begriffe, sich eher nach der Mitte zu verschieben und den Extremismus sowjetischer Prägung aufzugeben.* Sollte diese Strömung die Oberhand gewinnen, ist es wahrscheinlich, daß die Sozialistische Partei ihren kommunistenfreundlichen Flügel verliert und dafür Elemente der Mitte, die gegenwärtig bei den Arbeiterdemokraten und bei der Aktionspartei tätig sind, an sich ziehen wird.»

Die Kenntnis gewisser Zusammenhänge, wie sie eben noch unlängst in einer recht eindrücklichen Fühlungnahme der Führung unserer Sozialdemokratie mit maßgebenden Labourkreisen in London, anlässlich des Internationalen Gewerkschaftskongresses, in Erscheinung traten, läßt hier eine ähnliche Entwicklung, auf die Dauer jedenfalls, als nicht unwahrscheinlich ermesen. *Durch sie würde auch auf dem linken Flügel unseres politischen Lebens das Problem unserer Beziehungen zu Rußland allmählich von Tendenzen befreit, die eine zweckmäßige Lösung nur erschweren müssen, und ein gewichtiger Schritt zur Beseitigung störender Unklarheiten getan.*

Um den liberalen Staat

Welches aber werden nun die Folgen der «stillen Revolution» in England auf die großen Züge der Weltpolitik — und wie werden ihre allgemeinen Auswirkungen auf unsere schweizerische Politik sein? Die «Schweizerische Bau- und Holzarbeiter-Zeitung» veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 2. August 1945 einen Aufsatz des neuen Zentralsekretärs der Gewerkschaft, Dr. Riz à Porta, wo die Ergebnisse der englischen Wahlen unter dem Titel gewürdigt werden: «*Die Welt marschiert nach links*». Allein der Leser findet darin mit nichten, was er aus der anspruchsvollen Fassung der Überschrift erwarten sollte:

«Hinsichtlich der *Außenpolitik*, die die neue Regierung einschlagen wird» — heißt es da einmal —, «ist unserer Siegesfreude schon am Tage der Eröffnung der Wahlergebnisse ein Dämpfer aufgesetzt worden, als der englische Radiokommentator kurzerhand erklärte, daß am derzeitigen Kurs der Außenpolitik nichts geändert

werde. Das will wohl nichts anderes heißen, als daß England, wie bisher, eine imperialistische Außenpolitik betreiben werde, mit allen ihren negativen Begleiterscheinungen, wie Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker»⁶⁾).

Darüber dürfte nun freilich jener Radiokommentator kaum das letzte, sicher nicht das entscheidende Wort gesprochen haben. Und deshalb erscheint auch die kategorische Äußerung des Herrn Dr. Riz à Porta sicher etwas voreilig. Doch verdient sie gleichwohl vermerkt zu werden; und man stellt sie vielleicht nicht ohne Vorteil mit unseren Ausführungen betreffend die Bedingungen des Verhältnisses Labour/Sowjetunion zusammen. Sicher wird uns auch hier die Zukunft erst die mit Spannung erwartete Antwort geben können; gewiß aber wird die kommende Außenpolitik Labours weitgehend vom Ausmaß der kommenden weltpolitischen Ansprüche der Sowjets beeinflusst, ja bestimmt werden. Daß schließlich auch eine Arbeiterregierung in England auf die Dauer nur eine britische Außenpolitik wird treiben können, dafür sprechen einmal die eigenen Voraussetzungen der Labourpartei selbst, — dafür dürfte aber zum andern Herr Churchill in seinem selbstgewählten Amte als Führer der Opposition, gesetzt den Fall, gebührend Sorge tragen.

Von besonderem Interesse, und nach mancher Richtung auch besser fundiert, erscheinen hingegen die Bemerkungen, welche sich in dem Aufsatz der «Bau- und Holzarbeiter-Zeitung» zur kommenden *Innenpolitik* Labours finden. Hier sind es bekanntlich gewisse Projekte wirtschaftspolitischen Charakters, die seit dem Wahlsieg der englischen Linken im Vordergrund der internationalen Diskussion stehen. Allein auch in diesem Bereiche sieht der Aufsatz des schweizerischen Gewerkschaftsorgans manche Vorbehalte. Wie wird — so fragt er — die vorgesehene *Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Schlüsselindustrien, die Kontrolle des Kreditwesens* praktisch durchgeführt werden? Soll sie mit Entschädigung der bisherigen Eigentümer geschehen oder entschädigungslos? Das zweite wäre nicht unbedenklich:

«... die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen ist hier sehr groß, welche letztere ein Land, wie wir das aus der Zeitgeschichte der letzten Jahre kennen, in kurzer Zeit in das Chaos stürzen können. Andererseits bringt aber eine Enteignung mit voller Ent-

⁶⁾ Und es folgt — echt schweizerisch-schulmeisterlich — die fällige Belehrung an die Adresse der britischen Genossen:

«Dieser Kurs berechtigt uns, hier einen ganz entschiedenen Vorbehalt zu machen. Wenn sich das englische Volk schon anschickt, sich in seinem Mutterland von seinen Unterdrückern zu befreien, um endlich zu einer gerechten Gesellschaftsordnung zu kommen, dann müßte das normalerweise zu einer radikalen Änderung im Verhältnis zwischen dem Mutterland und den Kolonialvölkern führen...»

schädigung der bisherigen kapitalistischen Eigentümer keine entscheidende Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand und vor allem keine endgültige Befreiung aus den Klauen des Kapitals...»

Und der Verfasser erwähnt als «abschreckendes Beispiel» für den zweiten Fall ausdrücklich die Verstaatlichung der schweizerischen Bahnen, «fälschlicherweise Rückkauf genannt»...

Wie nun auch im einzelnen diese auf Grund der britischen Regierungserklärung bevorstehenden Maßnahmen gestaltet werden mögen — darüber ist sicher kein Zweifel erlaubt, daß die Labour-Regierung, nachdem sie diesmal, und zwar erstmals in der Geschichte Englands, im Unterhaus über eine souveräne, von weiterem Zuzug unabhängige Mehrheit verfügt, entschlossen ist, ihre sozialistischen Grundsätze, soweit immer möglich, durch diese Maßnahmen praktisch zu verwirklichen. Mag sein — es ist dies sogar wahrscheinlich —, daß, mindestens vorerst, wenn nicht überhaupt, ein ausgesprochener Radikalismus dabei nicht zur Geltung kommen wird. Dafür sind der hemmenden Elemente doch wohl zu viele: wir erwähnen hier einmal das ausgesprochene Bedürfnis auch und zumal der britischen Wirtschaft nach Schonung, das sich nach dem Aderlaß des Krieges — der seinerseits schließlich nicht lange nach der Wirtschaftskrise erfolgte — resolut meldet, und verwegene Experimente von selbst verbietet; — wir erwähnen die nicht unbedingt radikal zu nennende Zusammensetzung und innere Gestalt der Parlamentsmehrheit selbst; — wir erwähnen den sicher merkbar und unter Umständen entschieden dämpfenden Einfluß aus U.S.A., wo die Entwicklung vorerst eher von Roosevelt weg gegen «rechts» zu verlaufen scheint, — und dieser Einfluß allein wäre, angesichts der bestehenden Abhängigkeiten, bedeutsam genug, wenn nicht gar ausschlaggebend; — und wir erwähnen endlich, auch hier wieder, die Tatsache, daß, unter dem immer streitbaren Churchill, eine lebendige, angriffige Opposition auf der Wacht sein wird. Allein es könnte gleichwohl einer angemessen realen Betrachtungsweise nicht entsprechen, wollten wir, unter dem suggestiv-zusammengefaßten Eindruck dieser hemmenden Elemente, an der Tatsache bewußt vorbeisehen, daß auch das mächtige England nun mit Kraft nach links marschieren wird. *Wir werden also — es kommt nicht unerwartet — mit nun eingeleiteter Nachkriegszeit in den Bereich einer starken kollektivistischen Strömung gelangen. Unerwartet, und von starker Eindruckskraft, ist dabei, daß diese Strömung nicht aus dem Osten kommt, daß also nicht die östliche Strömung uns erfaßt, sondern eine westliche. Zu unserem Glück.*

So werden denn nun auch in unserem eigenen Lande die Kräfte des Kollektivismus ihren erwarteten Auftrieb erfahren, unter dem starken Eindruck des Labour-Sieges, und ehe noch Frankreich ge-

sprochen hat. «Die Welt marschiert nach links» — rufen sie uns zu. Allein noch gehört bürgerlicher Gesinnung die Mehrheit des Volkes. Die gewaltige, tief verankerte Macht unseres liberalen Staates aber, der zielsichere Wille, die geballte Kraft eines entschlossenen Bürgertums — sie werden nun ihren großen Einsatz zu bestehen haben. Mögen sie ihn mit mutiger Zuversicht bestehen in dieser entscheidenden Stunde! Die Felder sind abgesteckt — die Ziele bekannt. Und mächtig dröhnen die Hammerschläge aus der Schmiede der Zukunft.

Gedanken über Frankreichs Wiedererstehen

Von Robert Redslob

Wenn man das Problem von Frankreichs Wiederaufbau ins Auge fassen will, so muß man sich vor allem einer Schicksalsbestimmung gewärtig sein, die diesem Lande eigen ist und die ihm von einer gütigen Vorsehung in den Schoß gelegt wurde: in Zeiten der bittersten Not, wenn alles verloren scheint, weiß Frankreich sich mit einem ungeahnten und fast magischen Dynamismus aufzuraffen und zu neuer Größe aufzustehen. Es ist eine Schnellkraft, welche dieses Volk beseelt und es aus dem tiefsten Abgrund wieder empor trägt. Frankreich kann nicht untergehen. Die Tage, in denen diese Wahrheit die eindruckvollste Bestätigung gefunden hat, sind die der Befreiung Orleans durch die heldenhafte Jungfrau, ein Epos, das ans Übernatürliche grenzt. Die Volkserhebung von 1792, der Wiederaufbau nach der Niederlage von Waterloo, die rasche und kraftvolle Wiederherstellung nach dem Siebziger Krieg gehören in die gleiche Ahnenreihe. Dieses historische Gesetz ist von neuem in die Erscheinung getreten, als jüngst, nach einer der furchtbarsten Katastrophen aller Zeiten, Frankreich, das man vernichtet glaubte, eine Armee aus dem Boden stampfte, die in unaufhaltsamem Siegeszuge von Tschad über Tunis, über Italien und Korsika, über die Normandie den Rheinstrom erreichte und die innersten Burgen Deutschlands überrannte.

Zudem ist es Frankreich beschieden, in schwerer Not immer wieder Männer zu finden, die dem Schicksal gewachsen sind, die dem Sturm gebieten und das Schiff aus der Brandung retten.

Am heldenhaftesten hat sich Frankreich von je gezeigt, wenn es seinen Boden gegen die Fremdherrschaft verteidigte. In solchen Stunden hat es den edelsten Opferwillen und die tapferste Entschlossenheit an den Tag gelegt. 1914 ging eine Begeisterung durch das Land. Man setzte sich gegen den andringenden Feind zur Wehr.